Die Basler Steuervorlage 1989

Autor(en): Thomas Staehelin

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1989

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/360b818b-6452-4954-a2ed-6888d256c41a>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Die Basler Steuervorlage 1989

Am 16. März 1989 hat der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf Antrag des Regierungsrates, einer für die Zukunft des Kantons Basel-Stadt wesentlichen Teilrevision des Gesetzes über die Direkten Steuern vom 22. Dezember 1949 (in der Fassung vom 26. Juni 1986) zugestimmt. Der Grosse Rat hat mit diesem Beschluss auch insofern einen mutigen Entscheid gefällt, als er das Geschäft ohne Kommissionsberatung direkt im Plenum behandelte und verabschiedete. Die verschiedenen, aus allen Kreisen gegen die Vorlage vorgebrachten Kritiken sind zur eingehenden Diskussion in eine Spezialkommission verwiesen worden. Die Teilrevision trat am 1.1.1990 in Kraft.

Die Basler Steuervorlage 1989 bzw. die Teilrevision 1989 ist zukunftsweisend, will sie doch die Steuernachteile, wie sie den Kanton Basel-Stadt im gesamtschweizerischen Vergleich und Durchschnitt «ausgezeichnet» haben, wenigstens teilweise eliminieren. Bereits der den Mitgliedern des Grossen Rates am 15. Dezember 1988 zugestellte Ratsschlag und Entwurf Nr. 8090 trug den Untertitel «Steuerrevision zur Förderung der Attraktivität Basels». Die Revision ist zu Recht als «Schritt in die richtige Richtung» bezeichnet worden. Vieles bleibt demnach für die Zukunft noch zu tun, gilt es doch für Basel, in allen Bereichen, insbesondere auch im steuerlichen Bereich, nicht nur im Vergleich zu den Nachbarkantonen, sondern generell konkurrenzfähig zu bleiben bzw. wieder zu werden. Nur so kann Basel nachhaltig und auf Dauer seine Stellung im interkantonalen und internationalen Umfeld behaupten.

Die letzte Steuergesetzrevision vor derjenigen des Jahres 1989 wurde durch den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt am 26. Juni 1986 beschlossen. Sie betraf fast ausschliess-

lich die Einkommenssteuer natürlicher Personen und stand insbesondere unter dem Einfluss des bundesgerichtlichen Urteils aus dem Jahre 1984 hinsichtlich der Ehegattenbesteuerung. Gleichzeitig wurden auch – ein Jahr früher als bundesrechtlich vorgesehen – die erforderlichen Anpassungen an das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982 vorgenommen.

Das Hauptziel der Steuervorlage 1989 lag nunmehr darin, die Konkurrenzfähigkeit von Basel-Stadt gegenüber anderen Kantonen und Wirtschaftszentren wieder herzustellen. Für natürliche Personen sind es die Kantone der weiteren Agglomeration, für juristische Personen vor allem das Wirtschaftszentrum Zürich, die die Vergleichsbasis bieten.

Demzufolge waren im Bereiche der *natürlichen Personen*

- die Einkommenssteuer
- die Vermögenssteuer
- die Kapitalgewinnsteuer
- die Strafsteuer und
- die Erbschafts- und Schenkungssteuer

und im Bereiche der *juristischen Personen*

- die Kapitalsteuer
- die Ertragssteuer
- die Grundtaxe sowie
- die besondere Steuerberechnung bei Holding-, Beteiligungs-, Domizil- und Hilfgesellschaften

Gegenstand der Vorlage zur Gesetzesnovelle.

Die regierungsrätlichen Vorschläge wurden durch den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt mit Beschluss vom 16. März 1989 (mit 82 gegen 13 Stimmen) im wesentlichen un-

verändert übernommen. Wie bereits einleitend erwähnt, wurde der Antrag auf Kommissionsberatung (mit 75 gegen 40 Stimmen) abgewiesen.

Im Bereiche der Besteuerung der natürlichen Personen dürfte die mit 66 gegen 43 Stimmen beschlossene *Abschaffung der Besteuerung privater Kapitalgewinne auf beweglichem Vermögen* den spektakulärsten Bestandteil dieser Steuergesetzrevision 1989 darstellen. Der Kanton Basel-Stadt hat damit einem schon seit langem vorgetragenen Begehren endlich und zu Recht Rechnung getragen und ist – beinahe als letzter Kanton der Schweiz – in dieser Hinsicht den übrigen Kantonen, die in den letzten ca. 10 Jahren die private Kapitalgewinnsteuer abgeschafft haben, gefolgt. Nachdem es nie darum gegangen ist, die privaten Kapitalgewinne, die auf Grundstücken realisiert werden, von der Besteuerung auszunehmen, ist neu – anstelle der bisherigen Kapitalgewinnsteuer – eine Grundstückgewinnsteuer eingeführt worden. Der im Rahmen der Diskussion eingebrachte Vorschlag, auch die Grundstückgewinne juristischer Personen in eine solche besondere Grundstückgewinnsteuer einzubeziehen, ist zu Recht abgelehnt worden. Aufgrund des im Kanton Basel-Stadt geltenden einjährigen Postnumerando-Systems fallen damit durch Private realisierte Kapitalgewinne auf beweglichem Vermögen erstmals des Jahres 1989 ausser Betracht (wobei für die Landgemeinden auf die separat zu treffenden Beschlüsse verwiesen sei). Parallel dazu fallen Grundstückgewinne der Jahre 1989 und 1990 erstmals unter die (neu eingeführte) Grundstückgewinnsteuer, soweit eine Steuerpflicht im Kanton Basel-Stadt per 1. Januar 1990 fortbesteht. Die Abschaffung der integralen Kapitalgewinnsteuer, also der Verzicht auf die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräusserung beweglichen Privatvermögens, ist zu begrüßen. Dieser Entscheid beinhaltet einen wesentlichen Schritt in Richtung der Wiederherstellung der hievord erwähnten Konkurrenzfähigkeit des Kantons Basel-Stadt.

Die neu eingeführte *Grundstückgewinnsteuer* wird auf den Gewinnen, die aus der Veräusserung von privaten Grundstücken

oder Anteilen daran resultieren, erhoben, ebenfalls auf wirtschaftlich oder tatsächlich gleichwirkenden Rechtsgeschäften. Keine Grundstückgewinnsteuer wird erhoben bei der Ersatzbeschaffung selbstbewohnter Einfamilienhäuser oder Eigentumswohnungen innerhalb des Kantons bis zu demjenigen Betrag, der grundsätzlich innert Jahresfrist für die Ersatzbeschaffung aufgewendet wird. Ebenso wenig fällt eine Grundstückgewinnsteuer an bei Rechtsgeschäften unter Ehegatten, bei Schenkungen, bei Erbgängen oder Erbteilungen sowie bei Einbringen von Liegenschaften in das Geschäftsvermögen und bei Apportgründungen. Ähnliches gilt bei Enteignungen. Gewinne und Verluste desselben Jahres werden zusammengerechnet, Verlustvorträge können während vier Jahren mit allfälligen Gewinnen verrechnet werden. Als Tarif für die Grundstückgewinnsteuer gilt der Einkommenssteuertarif A, wobei für Gewinne bis 15 000 Franken der Satz einheitlich 5 % beträgt. Bei einer Besitzdauer von ein bis fünf Jahren wird auf dem Steuerbetrag ein Zuschlag erhoben (50 %, 35 %, 25 %, 15 %, 5 %). Bei einer Besitzdauer von mehr als sechs Jahren ist ein Abzug vom steuerbaren Gewinn vorgesehen, und zwar 2 % pro Jahr, höchstens 40 %.

Die Steuergesetzrevision 1989 hat indessen im Bereiche der Besteuerung der natürlichen Personen weitere beachtenswerte, wenn gleich weniger spektakuläre Änderungen gebracht: Bei der *Einkommenssteuer* wurden schergewichtig im tariflichen Bereich eine Eliminierung der Mehrbelastung zufolge des Tarifes per 1.1.1987 bei den Alleinstehenden, ohne dass dadurch Ehegatten gegenüber Konkubinatspaaren um mehr als 10 % höher belastet werden, sowie eine Besserstellung der Alleinerziehenden und der Ehepaare mit Kindern erreicht. Weitere tarifarische Massnahmen (einschliesslich Erhöhung verschiedener Abzüge) dienten diesen und weiteren Differenzierungen bzw. Anpassungen.

Bei einer zugegebenermassen nur unvollständigen Darstellung aller Änderungen verdienen im Bereiche der Einkommenssteuer ferner noch die nachgenannten Neuerungen besondere Beachtung: In nach kauf-

männlicher Art geführten Unternehmen ist der *Verlustvortrag* auf vier Jahre ausgedehnt und die Übertragung stiller Reserven auf der gleichen Funktion dienenden Ersatzobjekten auf das gesamte betriebliche Anlagevermögen erweitert worden. Ferner können durch solche Unternehmen inskünftig Abschreibungen und Wertberichtigungsrückstellungen nachgeholt werden, wenn diese infolge schlechten Geschäftsganges in früheren Jahren unterbleiben mussten.

Im Bereiche der *Vermögenssteuer* hat die Steuergesetzrevision 1989 die folgenden erwähnenswerten Änderungen gebracht: Einerseits ist ein Doppeltarif (Tarif B für Personen, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben) geschaffen worden. Andererseits sind echte Vermögensfreibeträge eingeführt worden, und zwar 50000 Franken für «Nichtunterhaltspflichtige» bzw. 100000 Franken für «Unterhaltspflichtige». Beachtenswert sind auch die neu gestalteten Bewertungsvorschriften für Liegenschaften.

Neben den Änderungen im Bereiche der natürlichen Personen (und auch bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann) standen – immer in der Absicht der Steigerung der Attraktivität des Kantons Basel-Stadt – diejenigen im Bereiche der Besteuerung der *juristischen Personen* zu Recht im Vordergrund. Abgesehen von einer Definitionsänderung in bezug auf die Unterstellung unter die für die juristischen Personen geltenden Regeln sind es die Reduktion der Kapitalsteuer von bisher 6‰ auf neu 5,5‰, die Abschaffung der Grundtaxe, die Änderungen im Bereiche der Ertragssteuer sowie die besonderen Steuerberechnungen, die aus wirtschaftlicher Sicht wesentliche Verbesserungen gebracht haben. Wie bei den nach kaufmännischer Art geführten Unternehmen, welche der Einkommenssteuer unterliegen, können inskünftig auch juristische Personen Abschreibungen und Wertberichtigungen nachholen, die zufolge schlechten Geschäftsganges in früheren Jahren unterbleiben mussten. Ferner ist die Verlustvortragsmöglichkeit auf vier Jahre und die Ersatzbeschaffung auf das gesamte betriebliche Anlagevermögen ausgedehnt worden.

Besonders wesentliche Verbesserungen sind im Bereiche der Besteuerung von Holding-, Beteiligungs-, Domizil- und Hilfsgesellschaften zu verzeichnen. So ist die Kapitalsteuer für *Holdinggesellschaften* von 1‰ auf 0,75‰ reduziert worden. Ferner sind die Anforderungen an die Holdinggesellschaft verändert und erstmals ins Gesetz aufgenommen worden: Eine Holdinggesellschaft wird inskünftig steuerlich dann als solche behandelt werden, wenn die Beteiligungen *oder* die Erträge daraus mindestens $\frac{2}{3}$ der gesamten Aktiven *oder* Erträge ausmachen. Für *Beteiligungsgesellschaften* gilt inskünftig nicht mehr das Verhältnis zum gesamten Rohertrag, sondern neu das Verhältnis des Nettoertrages aus den Beteiligungen zum Reinertrag. Gleichzeitig wurden für Beteiligungsgesellschaften die Limiten für Beteiligungen auf 10% der buchmässigen Aktiven *oder* buchmässig mindestens 250000 Franken gesenkt.

Durch die Steuergesetzrevision 1989 ist die Attraktivität des Kantons Basel-Stadt und damit dessen Konkurrenzfähigkeit verbessert worden. Dennoch sind sowohl im Bereich der Besteuerung der natürlichen Personen als auch bei der Besteuerung der juristischen Personen verschiedene berechnete Postulate noch nicht erfüllt. Dieser Aufgabe wird sich nunmehr die hierfür eingesetzte Grossratskommission zuwenden müssen. Es sind dabei die der Steuergesetzrevision 1989 zugrundeliegenden Ziele stets im Auge zu behalten. Den Postulaten der juristischen Personen bzw. der Unternehmen generell (weitere Reduktion der Kapitalsteuer, Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung von Aktiengesellschaft und Aktionär, Anpassung des Ertragssteuertarifes, Erleichterung von Umstrukturierungen etc.) ist dabei mindestens die gleiche Beachtung zu schenken, wie sie den Postulaten für natürliche Personen entgegengebracht wird.